

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr. Bezugspreis mit monatlich festgelegt. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle, Torquarstr. 8, entgegen. In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. ersucht jeder Anspruch auf Vierung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnort 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einzeln, Anzeigen. Scherzigen und labellarischer Tag mit Ausschlag. Anzeigen-Anfrage bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 9 Uhr, Anzeigen entgegen Limonade-merks tags vorher erbeten.
eiegr. Verort. Artung Annaburgdeghalle.

Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Nr. 60

Donnerstag, den 19. Mai 1927.

30. Jahrg.

Kleine Zeitung für elige Leser.

* Unter dem Vorbehalt des Reichsfinanzministers Dr. Brücker fand in Berlin eine Besprechung der Landesfinanzminister über die Vereinheitlichung des Steuerwesens statt.
* Die russische Regierung hat eine Protestnote wegen der Arcos-Durchsuchung nach London geschickt.
* Gegen das rechtsdringende Verhalten Russens beabsichtigt die Reichsregierung beim Völkervertrag die Einwirkung auf die Vereinheitlichung des Steuerwesens zu betonen.
* In der Nähe der amerikanischen Botschaft in Berlin ist ein Teil des verunglückten französischen Flugzeuges Kumpfers bemerkt zu haben.

Bereinfachung der Steuern.

Als Dr. Köhler Reichsfinanzminister wurde, hatte er als das Hauptziel seiner steuerreformatorischen Tätigkeit die Vereinfachung der Steuern, vor allem zu einer Vereinfachung der Steuerrechnung, also des Steuerwesens, zu streben. Das soll neben der Vereinfachung auf den Steuerzahler selbst vor allem die Möglichkeit schaffen, den Finanzbeamten die Arbeit, von der sie beunruhigt erwidert werden, zu erleichtern und dadurch schließlich eine Vereinfachung, also auch eine Verbilligung der Lebensorganisation herbeizuführen. Dr. Köhler hat nun eine Reihe entsprechender Gesetzentwürfe vorbereitet und die Finanzminister der Länder nach Berlin berufen, um sich mit ihnen über diese Vereinfachung und vor allem über eine Vereinheitlichung des Steuerapparats zu beschreiben. Er hat dabei vier Entwürfe vorgelegt, nämlich ein Grundsteuergesetz, ein Gewerbesteuerabnahmegesetz, ein Gebäudezinsabnahmegesetz und ein Gesetz über die Vereinfachung des Verfahrens in Steuerfällen.

Die große Masse der Steuerzahler wird besonders Interesse für die ersten beiden und den letzten Entwurf haben; namentlich für es die Realsteuern, die nicht bloß wegen ihrer Höhe sondern dringend empfunden werden, sondern nicht minder auch wegen der Mannigfaltigkeit ihrer Veranlagung und ihrer Erhebung. Der Reichsfinanzminister will zwei Rahmengesetze schaffen, die die Grundlagen für die Grund- und die Gewerbesteuer einheitlich ausgearbeitet sollen. Also die Veranlagung und die Erhebung, die Zeitabläufe für die Zahlungen, so daß die Länder oder die Gemeinden dann lediglich im Falle der Gewerbesteuer und die Zuschläge zu der Grundsteuer festzusetzen haben, die ja nach dem drückenden Bedürfnis recht verschiedene sind. Da beim Finanzansatz wegen der erhöhten Überweisung von Steuererträgen des Reiches an die Länder und die Gemeinden verlangt wurde, daß nun auch eine entsprechende Vereinfachung der Verfahren in Steuerfällen herbeigeführt werden. Danach soll der Steuerpflichtige möglichst nur noch eine einzige Steuererklärung abgeben haben und dementsprechend auch nur einen einzigen Steuerbescheid vom Finanzamt empfangen. Wenn dieser Bescheid ein unbegleiteter bleibt, so würde das in der Regel dazu führen, daß einmal die langwierigen Auseinandersetzungen mit dem Steuerzahler, der sich für zu hoch eingeschätzt hält, und dem Finanzamt erheblich eingespart werden. Die als besonders unerträglich empfundenen Nachzahlungen würden fortfallen und damit eine breite Masse von Unzufriedenheit aus dem Steuerverfahren ausgeschaltet werden. Willkür würde dann auch die gewaltige Summe der Steuerrückstände, die keineswegs immer auf Zahlungsunfähigkeit beruhen, sondern häufig ihren Grund in der Unklarheit haben, auf ein erträglicheres Maß zurückgeführt werden können. Diese Steuerrückstände überfließen jetzt nämlich immer noch eine halbe Milliarde, wenn sie auch etwas zurückgegangen sind gegenüber den Zahlen, die Reichsfinanzminister Dr. Brücker in seiner ersten Rede vor dem Reichstag noch zu nennen pflegte.

Ein weiteres Ziel, das mit der Vereinfachung und Vereinheitlichung der Steuerverwaltung erreicht werden soll, ist eine dadurch weitest möglich werdende Steuerermäßigung in allen den Fällen, wo bisher ein allzu hartes Ansehen der Steuerlast erfolgt ist. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die jetzigen Regierungsverträge und das Reichsfinanzgesetz die Arbeit haben, häßlichen um die Jahresende eine solche Steuerermäßigung herbeizuführen, und zwar so weitgehend, als die finanzielle Lage des Reiches es nur traun gestattet wird. Voraussetzung

dabei ist natürlich, daß sich die Steuerermäßigungsform, die den Reichstag sehr bald beschließen wird, bis dahin in dem erhofften Sinne ausgewirkt hat.

Beschlüsse der Genfer Weltwirtschaftskonferenz.

Internationale Förderung der Rationalisierung.
Auf der Genfer Weltwirtschaftskonferenz haben sich alle Vertreter für die Rationalisierung, d. h. die sparsamste und zweckmäßigste Ausnutzung der Betriebe, ausgesprochen. Dazu wurde eine Entschließung angenommen, die u. a. für die Serienprodukte (Warenartikel) eintritt, da sie sich billiger herstellen lassen als Spezialmodelle. Der Zwischenhandel soll weiterhin mehr eingeschränkt, die Warenverteilung vereinfacht werden, fremdwidrige Transporte hingegen sollen wegfallen.
Der Verbraucher wird, wenn diese Bestrebungen erfolgreich durchgeführt werden, die Verbilligung und Verbesserung aller Waren, besonders der Gebrauchsgüter, als Frucht des Rationalisierungsgesetzes bemerken. Ob dieses Vorhaben allerdings bald gelingen wird, ist eine andere Frage. Nebenfalls ist die Einmütigkeit der europäischen Wirtschaftsführer zu begrüßen.

Moskau stellt Schadenersatzanspruch

Nachspiel zu den Hausdurchsuchungen in der Arcos.
Die Moskauer Regierung hat dem münchener Protest gegen die Durchsuchung in der Arcos eine geharnischte Antwort in der Form eines Protokolls folgen lassen, die dem vorläufigen britischen Geschäftsträger in Moskau übergeben worden ist. In dieser Note wird Verwahrung gegen die Verletzung des Handelsabkommens von 1925 eingelegt, die nach Ansicht der russischen Regierung in dem Verfall der englischen Polizei auf die Räume der Sowjetbotschaft in London, sowie in der Durchsuchung und Entwertung von Dokumenten der Delegation aus dem Rahmen der Arcos zum Ausdruck gekommen ist.

In der Protestnote geht die russische Regierung auch zum Angriff gegen England über, indem sie kategorisch erklärt, daß die Fortsetzung der Handelsbeziehungen zwischen beiden Mächten nur unter der Bedingung genauer Erfüllung des Handelsabkommens durch die englische Regierung und der Garantie ruhiger, sachgemäßer Arbeit der wirtschaftlichen Organe der Sowjetunion möglich ist. Ausland verlangt von Großbritannien eine Klare und unabweidende Antwort darauf, daß die Durchführung der Handelsoperationen nicht in Zusammenhang mit zufälligen innenparteilichen Komplikationen in England, Kapitalmangel oder phantastischen Voransetzungen irgendeines Ministers gebracht wird. Zum Schluß behält sich die russische Regierung vor, wegen der Verletzung vertraglicher Verpflichtungen, der der Sowjetregierung zugesagten Vebildigung und der durch polizeiliche Handlungen zugesagten materiellen Schäden von England Genugtuung zu verlangen.

Das Londoner Dokument.

Am Zusammenhang mit den Durchsuchungen bei der Arcos in London wird behauptet, das Dokument, nach dem die englische Polizei so eifrig gefahndet habe, sei ein englisch-französischer Aufmarschplan gegen Deutschland gewesen, für den Fall von kriegerischen Verwicklungen im Osten. Man kennt den Ursprung dieser Gerüchte nicht, denen gegenüber äußerste Vorsicht geboten ist, da es sich möglicherweise um ein Manöver handelt, das die deutsche auswärtige Politik im Interesse der Sowjetorientierung beeinflussen soll.

Die Schäden in der Arcos.

Die Arcos hat ihre geschäftliche Tätigkeit wieder aufgenommen, nachdem die polizeiliche Durchsuchung beendet worden war. Ihre erste Aufgabe sah sie darin, den bei der Durchsuchung der englischen Polizei angerichteten Schäden festzustellen. Sobald die Höhe des Schadens festgestellt, wird die Sowjetwirtschaft eine Erklärung veröffentlichen.

Politischer Rundschau Deutsches Reich.

Preußen und das Reich.
Dem Preussischen Landtag ist soeben von dem Ministerpräsidenten Braun eine Aufzeichnung über die

haufschärfsten zurzeit bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Reich und Preußen* zugegangen. Es sind hauptsächlich drei Streitfragen, die zwischen dem Reich und Preußen eine Rolle gespielt haben: 1. die Ersparungsmaßnahmen Preußens für den Verlust an Staatsentgelt, das durch den vom Reich geschlossenen Friedensvertrag verlorengegangen ist, 2. die auf Grund des Gesetzes vom 25. Mai 1873 zu erhebende preussische Forderung auf Vätererstattung gewisser dem Reich freiwillig überlassener Gegenstände, Gebäude und Liegenschaften (z. B. des Kriegsmuseums in der Leipziger Straße), 3. das Verlangen Preußens auf Aufwertung der Forderung aus der Übertragung der Staatsbahn an das Reich. In der Aufzeichnung tritt auch auf den Streit um den Verwaltungsstatus der Reichsbahn und auf den Streit um die Erhöhung der Verleerabfindung für Bayern, Württemberg und Baden hingewiesen.

Steuerreform im Braunschweiger Landtag.

Im Braunschweiger Landtag wurde der § 1 des Steuerreformgesetzes, der eine Verringerung der Landwirtschaft von der Gewerbesteuer vorzieht, abgelehnt. Dagegen stimmten die Sozialdemokraten, der Wirtschaftsbund und die Kommunisten. Die Regierung sah darauf sämtliche Steuererträge zurück und erklärte, sich ihre Stellungnahme vorbehalten zu wollen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die Reichsregierung hat sich entschieden, beim Völkervertrag in aller Form die Forderung über das rechtswidrige Verhalten Litauens zu stellen.

Berlin. Der preussische Landwirtschaftsminister Dr. Ehrenhafer Heinrich Steiger vollendet am Mittwoch sein 65. Lebensjahr.

Am Sonnabend und Sonntag findet im Plenarsitzungsraum des Preussischen Landtages der dritte Parteitag der Preussischen Zentrumspartei statt.

London. Neben dem französischen Präsidenten Doumergue ist auch der französische Außenminister Briand zum Ehrenbürger der Sowjetunion ernannt worden.

Warschau. Die einige Blätter berichten, hat ein in Berlin bestehendes deutsch-polnisches Komitee an polnische Parlamentarier und sonstige im öffentlichen Leben stehende polnische Persönlichkeiten die Einladung geschickt, in Berlin eine Konferenz abzuhalten, um Fragen der friedlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Völkern zu beraten.

Warschau. Armeeinspektor General Jelonski, der seit seiner von General Sikorski am 1. Mai zurückgeführt hat, wird hier Tage auf wiederholtes eigenes Ansuchen wegen Überführung der Altersgrenze in den Ruhestand treten. An seiner Stelle wird der frühere Kriegsminister, General Soskoff, zum Armeeinspektor ernannt werden.

Warschau. Stellen hat in Washington eine Note überreichen, in der es sich, wie man annimmt, um die Forderung eines Beobachters zu der Dreimächte-Steuerreformkonferenz in Genf handelt.

Deutscher Reichstag.

(316. Sitzung.)

CE, Berlin, 17. Mai.

Der deutsch-italienische Handels- und Schiedsgerichtsvertrag wird dem Auswärtigen Ministerium übergeben. Die dritte Beratung des Antrages auf Verhängung des Republikausgesetzes wird begonnen. Abg. v. Graefe (Völk.) befragt die Vorlage. Abg. Graf Weizsäcker (Dm.) führt aus, die Gegnerlichkeit seiner Partei gegen die Ausnahmestimmungen dieses Gesetzes, insbesondere gegen den § 23, der dem Kaiser die Bürgerrechte vorenthält, sei bekannt und unverändert. Die Partei habe dem jetzt vorliegenden Kompromissantrag zugestimmt, weil in der Erklärung der Regierungsparteien eine Prüfung der Frage in Aussicht gestellt sei, welche Einzelvorschriften der Dauererhebung einzuordnen oder aufzuheben sei würden. Dann ferner, weil zur Ermöglichung dieser Prüfung die unveränderte Verlängerung auf eine kurze Frist als geeignete Lösung bezeichnet werde. Nach einigen Bemerkungen von sozialistischer und kommunistischer Seite erfolgt die Schlussabstimmung, die namentlich ist. Das Gesetz wurde mit 225 gegen 41 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Kommunisten, die Sozialisten, die Nationalisten und die Deutschdammeraner. Präsident Loh hielt fest, daß die für Verfassungsänderungen erforderliche Zweidrittelmehrheit erreicht ist.

Die dritte Beratung des Gesetzes über den Schutz der Jugend bei Luftballfahrten wird aufgenommen. Es liegen einige Änderungsanträge seitens der Regierungsparteien vor. Die Deutsche Volkspartei beantragt, die Frage der Verhängung des Republikausgesetzes aus dem Gesetz zu streichen. Auch von sozialistischer Seite liegen Änderungsanträge vor. Reichsminister v. Weizsäcker erklärt, es handle sich nur um eine Ergänzung des Jugendwohlfahrtsgesetzes. Die notwendigen Einzelheiten werde durch die Ausschüsse festzumachen gewahrt bleiben. Die Regierung wolle ihre Bedenken gegen die Mitwirkung von Kindern bei Luftballfahrten fallen lassen.

Schließlich wurde die Vorlage unter Ablehnung aller Änderungsanträge in der Ausschussfassung mit den Änderungsanträgen der Regierungsparteien angenommen.

Achtung! Achtung!
Volks-Einrichtung.

Der geehrten Einwohnerschaft von Annaburg zeigen wir hierdurch an, daß wir mit dem heutigen Tage eine Verwaltungsstelle unseres Beerdigungs-Institutes für Erd- und Feuerbestattung bei Herrn Tischlermeister Winkler, Torgauerstraße 20, eingerichtet haben. Ausführung der Beerdigungen, Auskunft sowie Aufnahmen daselbst.

Nach dreimonatlicher Mitgliedschaft haben Sie vollen Anspruch auf Erd- oder Feuerbestattung. Dies bieten wir Ihnen für einen monatlichen Beitrag von 0.30 R.-M. an. Altersgrenze ist unbeschränkt. Personen über 60 Jahre haben minimale Altersanzahlungen zu leisten.

Beerdigungs-Abz.-Institut, Merseburg,
Poststraße 18.

Bekanntmachung.

Die Grasnutzung der Wege im Bruch soll am **Sonntag, den 21. Mai, nachmittags 6 Uhr** öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung verpachtet werden. **Treffpunkt: Alter Rinderfestplatz, Wilh. Rietzdorf.**

Berein selbstständiger Handwerker und Gewerbetreibender Annaburg u. Umgegend.

Donnerstag, den 19. Mai, abends 8 Uhr findet im Gasthof „Zur Neuen Welt“ unsere

Monats-Versammlung

statt. Es findet ein Vortrag des Steuerinspektors **Beipitz** statt. Der wichtigen Tagesordnung wegen bitten wir, daß alle Mitglieder erscheinen.

Der Vorstand.

Fenster, Türen Möbel

empfehle ich, gestützt auf zahlreiche beste Empfehlungen, die jederzeit unverbindlich eingesehen werden können.

Wilhelm Runze.

Spiellkarten | Küchenkanteln
empfeilt **H. Steinbeiß**, empfiehlt **H. Steinbeiß**.

2 Arbeiterinnen

stellt ein **Herrn. Meyer sen. & Co.**

velteres, zuverlässiges, gewandtes

Mädchen

mit Kochkenntnissen in kinderreinen Hausarbeit zu 3 Personen zum **1. Juni** erst, auch **15. Juni** bei hohem Gehalt und guter Behandlung gesucht.

Frau M. Kosin, Adlerapotheker Wittenberg

Besseres Mädchen

zum **1. Juni** gesucht.

Amtsgerichtsrat Menge, Bredtin.

Emmentaler Käse

Züfiter **Dagr. Bier-Emmentaler**

ohne Rinde **Camembert-Soldiner**

Limburger Garzer

empfeilt **J. G. Fritzsche.**

Lichtspielhaus

bringt uns von **Freitag bis Sonntag abends 8 1/2 Uhr** des Jahres schönsten Filmwerk, das gleich dem Bühnenwert Millionen von Menschen in seinen Bann ziehen wird.

„Liebele“

Nach dem berühmten Schauspiel von **Arthur Schnitzler** in 7 großen Akten Hauptrolle: **Evelyn Holt. Regie: J. u. L. Fleck.**

Diese Uebertreibung, mit Ernst, mit Hingebung und Liebe ist dieses Kunstwerk unter dem Motto geschaffen worden: „Ihr sollt nicht spielen und fändeln mit dem Heiligsten, das euch gegeben wurde mit der Liebe! Das Publikum war tief erschüttert, es konnte sich der Tränen nicht erwehren. — Filmurter v. 16. 3. 1927.

Hierzu ein reichhaltiger, hinter **Filmteil.**

Neben ausgezeichneter musikalischer Illustration des **M. Rohr'schen** Konzerttrios ladet zu äußerst genussreichen Stunden freundlichst ein **Julius Hoppe.**

Gardinen zum Pfingstfest

kaufen Sie jetzt bei mir aus neuen Sendungen.

Meine Auswahl ist groß!

Gardinen vom Stück | Abgepaßte Fenster
per Meter **— 3 teilig —**
1.50, 1.00, 0.75, **0.55** | 7.80, 6.90, 4.40, **2.75**

Künstler- und Madragarnituren
in der neuen geometrischen Ausmusterung

Fensterstippen | **Halbstores**
Mr. v. 45 Pf. an | Stück v. 1.40 M. an
Scheibengardinen, Tisch- u. Sofadedken
Vitragestoffe | **Gardinennessel**
weiß und elfenbein | farbig und gestreift
Läuferstoffe, Wachstuchdecken, Deckchen
Tüllbettedecken :: Steppdecken

Carl Petzold.

Annahme für **Plissé-Brennerei.**

Reinwollen, porös,
elastisch

BLEYLE'S

Gesund, bequem
und praktisch

Anzüge Sweater

Ethelgarfuge
Reparaturmöglichkeit

für Knaben

u. Mädchen

Washcheite Farben,
aparte Muster

Carl Quehl

**Allein-Verkauf für Annaburg
und Umgebung**

Fahrräder
Opel, Brenndor, Continental
Nähmaschinen
Marke **Kaumann :: Köhler**

Zentrifugen | **Sprechapparate, Platten**
Marke **Diabolo u. Miele** | allergischste Auswahl
Anzahlung **20.00 Mk.**, Abzahlung monatlich **10.00 Mk.**

Sämtliche vorkommenden Reparaturen
— werden vom Fachmann ausgeführt —
Emallier-Anstalt • Benzinstation • Autogentischweiberei
Fritz Ködler, Annaburg, Markt 20
— Genzlfuß 263 —

Goldene Hochzeitstorten

in schöner Auswahl zu haben bei
Herrn. Steinbeiß, Papierhandlg.



Handtücher
Tischtücher
Betttücher
Bettbezüge
weiß und bunt

Bettzeuge
Inletts
Bettfedern
in guter Qualität
zu billigsten Preisen
empfeilt

Seb. Schimmeyer

**Rot-, Weiß-, Süß-,
Apfel- u. Johannes-
beerwein, sowie
Sekt von Aloß &
Förster**
empfeilt
J. G. Fritzsche.

Polizeiliche An- und Abmeldescheine
sind vorräthig in der Buchdruckerei **H. Steinbeiß.**

Palast-Theater

bringt uns von **Freitag bis Sonntag**
das gute Programm:

Geine Frau, meine Frau

Eine wilde, lustige Liebesgeschichte in 6 Akten.
In der Hauptrolle: **Reginald Denny,**
der blühendste Filmstern.

Tom Cooper, der Meisterboxer.

Ein Borsim in 5 Akten
mit **Frank Mayo** in der Hauptrolle.
Der feine Emil und sein Diener.
Lustspiel in einem Akt.
Um gütigen Besuch bittet **Frau Malwald.**

Gasthaus zur Herberge.

**Sonabend, den 21. Mai,
Jahresschmaus.**
Für ff. Speisen u. Getränke ist bestens geforgt.
Unterhaltungsmusik.
Es ladet freundlichst ein
der Wirt
Hugo Linowitzki.

Kreis-Landbund

Ortsgruppe Annaburg.
Sonabend, den **21. Mai, abends 8 1/2 Uhr** bei Herrn **Dubro (Siegestrans)**
Versammlung.
Vortrag von Herrn Tierärztinspektor **Löthner.**
Zahlreiches Erscheinen, auch der Frauen und des Junglandbundes, erwünscht.
Der Vorstand.

Den Eisenbahnbeamten und all den alten Bekannten, welche meinem Vater das letzte Geleit gaben, sage ich zugleich im Namen meiner Schwester herzlichsten Dank.
Dr. med. Wunderlich,
Medizinalrat.
Annaburg, den 18. Mai 1927.

Traueranzeigen und Dankkarten
werden schnellstens angefertigt.
Herrn. Steinbeiß, Buchdruckerei.

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgelegt.
Abstellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle, Dorgastraße, 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. ersicht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für anderwärts Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im anderen Teil 10 Goldpfennig, im Restamtteil 80 Goldpfennig einm., Umlagesteuer, Schweregericht und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 9 Uhr, Anzeigen späteren Termins werden tags vorher eingelesen.
elegt. Adressen: Zeitung Annaburgbes. hall.

Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Nr. 60

Donnerstag, den 19. Mai 1927.

30. Jahrg.

Keine Zeitung für eilige Leser.

* Unter dem Vorsteher des Reichsfinanzministers Dr. Köhler fand in Berlin eine Besprechung der Landesfinanzminister über die Vereinfachung des Steuerwesens statt.

* Die russische Regierung hat eine Protestnote wegen der „Arcos“-Durchsuchung nach London gerichtet.

* Gegen das rechtsverwehrene Verhalten Frankreichs beabsichtigt die Reichsregierung beim nächsten Reichstag eine Resolution zu stellen. Das soll neben der Rücknahme auf den Steuerzahler selbst vor allem die Möglichkeit schaffen, den Finanzbeamten die Arbeit, von der sie beinahe erbricht werden, zu erleichtern und dadurch schließlich eine Vereinfachung, also auch eine Verbilligung der Behördeneinrichtungen herbeizuführen. Dr. Köhler hat nun eine Reihe einschneidender Gegenentwürfe vorbereitet und die Finanzminister der Länder nach Berlin berufen, um sich mit ihnen über diese Vereinfachung und vor allem über eine Vereinfachung des Steuerapparats zu besprechen. Er hat dabei vier Entwürfe vorgelegt, nämlich ein Grundsteuergesetz, ein Gewerbesteuerreformgesetz, ein Grundbesitzsteuerreformgesetz und ein Gesetz über die Vereinfachung des Verfahrens in Steuerfällen.

Bereinfachung der Steuern.

Die große Masse der Steuerzahler wird besonders Interesse für die ersten beiden und den letzten Entwurf haben; namentlich sind es die Realsteuern, die nicht bloß wegen ihrer Höhe besonders drückend empfunden werden, sondern nicht minder auch wegen der Unregelmäßigkeit ihrer Veranlagung und ihrer Erhebung. Der Reichsfinanzminister will zwei Rahmengesetze schaffen, die die Grundlagen für die Grund- und die Gewerbesteuer einheitlich ausgestalten sollen. Also die Veranlagung und die Erhebung, die Zeitabschnitte für die Zahlungen, so daß die Länder, oder die Gemeinden dann lediglich die Höhe der Gewerbesteuer und die Zuschläge zu der Grundsteuer festzusetzen haben, die ja nach den örtlichen Bedürfnissen recht verschiedene sind. Da beim Finanzansatz gleich wegen der erhöhten Überweisung von Steuererträgen des Reiches an die Länder und die Gemeinden verlangt wurde, daß nun auch eine entsprechende Herabsetzung der Realsteuern zu erfolgen habe, so ist der dritte Entwurf gekommen, um auch die Erhebung dieser Steuern selbst schon deswegen gründlich zu ändern, weil sie eigentlich in die moderne Steuerwissenschaft überhaupt nicht mehr hineinpaßt und deswegen zu zahlreichen Ungerechtigkeiten führt.

Ein weiteres Ziel, das mit der Vereinfachung und Vereinfachung der Steuerverwaltung erreicht werden soll, ist eine dadurch vielleicht möglich werdende Steuerermäßigung in allen den Fällen, wo bisher ein zu starkes Ansehen der Steuerstraube erfolgt ist. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die jetzigen Regierungsparteien und die Nationalversammlung eine solche Steuerermäßigung herbeizuführen, und zwar so weitgehend, als die finanzielle Lage des Reiches es nur irgend gestattet wird. Voraussetzung

dabei ist natürlich, daß sich die Steuerreform, die den Reichstag sehr bald beschäftigen wird, bis dahin in dem erhofften Sinne ausgedirkt hat.

Beschlüsse der Genfer Weltwirtschaftskonferenz.

Internationale Förderung der Rationalisierung.
Auf der Genfer Weltwirtschaftskonferenz haben sich alle Vertreter für die Rationalisierung, d. h. die sparsamste und zweckmäßigste Ausnutzung der Betriebe, ausgesprochen. Dazu wurde eine Entschließung angenommen, die u. a. für die Serienproduktion (Markenartikel) eintritt, da sie sich billiger herstellen lassen als Spezialmodelle. Der Zwischenhandel soll fernerhin mehr eingeschränkt, die Warenverteilung vereinfacht werden, sinnwidrige Transportleistungen sollen wegfallen.
Der Verbraucher wird, wenn diese Beschlüsse erfolgreich durchgeführt werden, eine Verbilligung und Verbesserung aller Waren, besonders der Gebrauchsgüter, als Frucht des Rationalisierungsprozesses bemerken. Ob dieses Vorhaben allerdings bald gelingen wird, ist eine andere Frage. Jedenfalls ist die Einmütigkeit der europäischen Wirtschaftsführer zu begrüßen.

Moskau stellt Schadenersatzanspruch.

Nachspiel zu den Hausdurchsuchungen in der Arcos.
Die Moskauer Regierung hat dem inländischen Protest gegen die Durchsuchung in der Arcos eine geharnischte schriftliche Protestnote folgen lassen, die dem zuständigen britischen Geschäftsträger in Moskau übergeben worden ist. In dieser Note wird Verwahrung gegen die Verletzung des Handelsabkommens von 1925 eingelegt, die nach Ansicht der russischen Regierung in dem Überfall der englischen Polizei auf die Räume der Sowjetbundesdelegation in London, sowie in der Durchsuchung und Entwertung von Dokumenten der Delegation in der Arcos zum Ausdruck gekommen.

In der Protestnote geht die russische Regierung zum Angriff gegen England über, indem sie klärt, daß die Fortsetzung der Handelsbeziehungen zwischen beiden Mächten nur unter der Bedingung der Erfüllung des Handelsabkommens zwischen englischer Regierung und der Garantie ruhmreicher Arbeit der wirtschaftlichen Organe unions möglich ist. Russland verlangt von England eine klare und unambigue Erklärung, daß die Durchführung der Handelsbeziehungen in Zusammenhang mit zufälligen innenpolitischen Situationen in England, Maßnahmen der russischen Vorgesetzten irgendeiner Art nicht erbracht wird. Zum Schluß behält sich die Regierung vor, wegen der Verletzung der Verpflichtungen, der der Sowjetregierung zugebungen und der durch polizeiliche Handlung materiellen Schäden von England Genugtuung zu verlangen.

Das Londoner Dofum.

Im Zusammenhang mit den Durchsuchungen in London wird behauptet, daß die englische Polizei so eifrig gefahndet englisch-französischer Zunftplan gegen gewesen, für den Fall von kriegerischen Verhältnissen. Man kennt die Art der Verführung dieser Dofum gegenüber äußerer Verführung geboten möglicherweise um ein Mandat überhand, das auswärtige Politik im Interesse der Sowjetunion beeinflusst.

Die Schäden in der Arcos.

Die Arcos hat ihre geschäftliche Tätigkeit wieder aufgenommen, nachdem die polizeiliche Durchsuchung beendet worden war. Ihre erste Aufgabe lag hierin, den bei der Durchsuchung der englischen Polizei angerichteten Schäden festzustellen. Sobald die Höhe des Schadens festgestellt, wird die Sowjetregierung eine Erklärung veröffentlicht.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Preußen und das Reich.
Dem Preussischen Landtag ist soeben von dem Ministerpräsidenten Brauns eine Aufzeichnung über die

haupthauptsächlichsten zurzeit bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Reich und Preußen" zugegangen. Es sind hauptsächlich drei Streitfragen, die zwischen dem Reich und Preußen eine Rolle gespielt haben: 1. die Erbschaftsteuer des Reiches für den Verlust an Staatsangehörigen, das durch den vom Reich geschlossenen Friedensvertrag verlorengegangen ist, 2. die auf Grund des Gesetzes vom 25. Mai 1873 zu erhebende preussische Forderung an Rückzahlung gewisser dem Reich feierlich überlassener Gegenstände, Gebäude und Liegenschaften (z. B. des Kriegsministeriums in der Leipziger Straße), 3. das Verlangen Preußens auf Auslieferung der Forderung aus der Übertragung der Staatsmacht an das Reich. In der Aufzeichnung wird auch auf den Streit um den Verwalterstatus der Reichsbahn und auf den Streit um die Eröffnung der Viererunionbindung für Bayern, Württemberg und Baden hingewiesen.

Steuerentwurf im Braunschweiger Landtag.

Im Braunschweigischen Landtag wurde der § 1 des Gewerbesteuergesetzes, der eine Verringerung der Landwirtschaft von der Gewerbesteuer vorzieht, abgelehnt. Dagegen stimmten die Sozialdemokraten, der Wirtschaftsrat und die Kommunisten. Die Regierung hat darauf förmliche Steuerentwürfe zurückgelehnt und erklärt, sich ihre Stellungnahme vorbehalten zu wollen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die Reichsregierung hat sich entschlossen, beim Reichstag in aller Form Beschwerde über das rechtswidrige Verhalten Litauens einzulegen.
Berlin. Der preussische Landwirtschaftsminister Dr. Ehrenhafer berichtet über vollendete am Mittwoch sein 66. Lebensjahr.

Berlin. Am Sonnabend und Sonntag findet im Plenarsaal des Reichstages der dritte Parteitag der Preussischen Zentrumspartei statt.

London. Neben dem französischen Präsidenten Doumergue ist auch der französische Außenminister Briand zum Ehrenbürger der Unterstadt ernannt worden.

Warschau. Die „Tageblätter“ berichten, daß ein in Berlin des Komitee an polnische Parlamentsmitgliedern Leben lebende polnische Zeitung, die in Berlin eine Kommission der friedlichen Zusammenfassung von Beratern.
Pest. Der General Dubossart, der sich zu je in der Durchsuchung hat, überbrachte einen Brief, der die Grenze in den Ausnahmefällen. An höhere Kriegsminister, General Sostinern ernannt werden.

Berlin. In Verbindung eine Note über die, wie man annimmt, zur Entscheidung der Dreimächte-Verhandlungen.

Der Reichstag.

Berlin, 17. Mai.
Die Beratungen der Reichstages sind am Sonntag den 14. Mai um 10 Uhr abgebrochen worden. Die Beratungen des Reichstages sind am Montag den 15. Mai um 10 Uhr abgebrochen worden. Die Beratungen des Reichstages sind am Dienstag den 16. Mai um 10 Uhr abgebrochen worden.

Die dritte Beratung des Gesetzes über den Schutz der Jugend bei Luftballonfahrten wird angenommen. Es liegen einige Änderungsanträge seitens der Regierungsparteien vor. Die Deutsche Sozialpartei beantragte eine Ergänzung des Gesetzes durch die Aufhebung der Beschränkung bei Luftballonfahrten vor. Reichsminister v. Kroll erkl. es handle sich nur um eine Ergänzung des Gesetzes durch die Aufhebung der Beschränkung bei Luftballonfahrten vor. Die Deutsche Sozialpartei beantragte eine Ergänzung des Gesetzes durch die Aufhebung der Beschränkung bei Luftballonfahrten vor.

Die dritte Beratung des Gesetzes über den Schutz der Jugend bei Luftballonfahrten wird angenommen. Es liegen einige Änderungsanträge seitens der Regierungsparteien vor. Die Deutsche Sozialpartei beantragte eine Ergänzung des Gesetzes durch die Aufhebung der Beschränkung bei Luftballonfahrten vor. Reichsminister v. Kroll erkl. es handle sich nur um eine Ergänzung des Gesetzes durch die Aufhebung der Beschränkung bei Luftballonfahrten vor.

Die dritte Beratung des Gesetzes über den Schutz der Jugend bei Luftballonfahrten wird angenommen. Es liegen einige Änderungsanträge seitens der Regierungsparteien vor. Die Deutsche Sozialpartei beantragte eine Ergänzung des Gesetzes durch die Aufhebung der Beschränkung bei Luftballonfahrten vor. Reichsminister v. Kroll erkl. es handle sich nur um eine Ergänzung des Gesetzes durch die Aufhebung der Beschränkung bei Luftballonfahrten vor.